

## Inhaltsübersicht

<b>A. Gegenstand und Ziele der Arbeit</b> .....	19
<b>B. Phänomen der häuslichen Gewalt</b> .....	22
I. Begriff der häuslichen Gewalt .....	22
II. Hintergrund häuslicher Gewalt .....	26
III. Die Bekämpfung häuslicher Gewalt auf den verschiedenen rechtlichen Ebenen .....	34
IV. Polizeiliche Einsatzsituationen .....	43
<b>C. Betroffene Grundrechte</b> .....	49
I. Freizügigkeit .....	49
II. Unverletzlichkeit der Wohnung .....	63
III. Eigentum .....	75
IV. Ehe und Familie .....	79
V. Beruf .....	93
VI. Freiheit der Person .....	97
VII. Allgemeine Handlungsfreiheit .....	98
VIII. Ergebnis der Grundrechtsprüfung .....	101
<b>D. Rechtsgrundlagen für die Entfernung einer Person aus einer Wohnung</b> .....	103
I. Befugnis zum Platzverweis .....	103
II. Befugnis zum Aufenthaltsverbot .....	119
III. Befugnis zur Ingewahrsamnahme .....	126
IV. Polizeiliche Generalklausel .....	136
V. Zwischenergebnis .....	149
VI. Befugnis zur Wohnungsverweisung .....	150
VII. Ergebnis zu den Rechtsgrundlagen .....	269
<b>E. Auswertung der Rechtsprechung</b> .....	271
<b>F. Sonstige Schutzmöglichkeiten</b> .....	276
I. Zivilrechtliche Reaktionsmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt .....	276
II. Strafrechtliche Reaktionsmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt .....	281
III. Besondere Situation von gefährdeten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen .....	284
<b>G. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung</b> .....	286
<b>H. Entwurf einer Musterregelung</b> .....	291
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	293

<b>Anhang: Die Befugnisse zur Wohnungsverweisung der einzelnen Landespolizeigesetze .....</b>	<b>312</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>320</b>

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Gegenstand und Ziele der Arbeit</b> .....	19
<b>B. Phänomen der häuslichen Gewalt</b> .....	22
I. Begriff der häuslichen Gewalt .....	22
II. Hintergrund häuslicher Gewalt .....	26
III. Die Bekämpfung häuslicher Gewalt auf den verschiedenen rechtlichen Ebenen .....	34
1. Wandel im staatlichen Einschreiten .....	34
2. Überblick über die verschiedenen rechtlichen Ebenen .....	41
IV. Polizeiliche Einsatzsituationen .....	43
1. Persönliche und räumliche Nähe zwischen den Gewaltverübenden .....	44
2. Bloße räumliche Nähe .....	45
3. Bloße persönliche Nähe .....	46
4. Gewaltverübung ohne nähere Beziehung zwischen den Beteiligten .....	47
<b>C. Betroffene Grundrechte</b> .....	49
I. Freizügigkeit .....	49
1. Schutzbereich .....	49
2. Eingriff .....	55
3. Schranken .....	58
a) Kriminalvorbehalt .....	58
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	60
4. Ergebnis .....	62
II. Unverletzlichkeit der Wohnung .....	63
1. Schutzbereich .....	63
2. Eingriff .....	65
a) Eingriff durch das Betreten der Wohnung .....	65
b) Eingriff durch die Verweisung aus der Wohnung .....	68
3. Schranken .....	72
4. Ergebnis .....	74
III. Eigentum .....	75
IV. Ehe und Familie .....	79
1. Schutzbereich .....	79
2. Besondere Einschränkungen vorbehaltlos gewährleisteter Grundrechte .....	81
3. Eingriff .....	84
4. Schranken .....	85

a)	Verfassungsimmanente Schranken .....	85
b)	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	88
aa)	Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in die Rechte des Maßnahmeadressaten .....	88
bb)	Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in die Rechte der gefährdeten Person .....	90
5.	Ergebnis .....	93
V.	Beruf .....	93
VI.	Freiheit der Person .....	97
VII.	Allgemeine Handlungsfreiheit .....	98
VIII.	Ergebnis der Grundrechtsprüfung .....	101
<b>D.</b>	<b>Rechtsgrundlagen für die Entfernung einer Person aus einer Wohnung</b> .....	<b>103</b>
I.	Befugnis zum Platzverweis .....	103
1.	Begriff .....	104
2.	Voraussetzungen .....	104
a)	Formelle Voraussetzungen .....	104
aa)	Zuständigkeit .....	104
bb)	Verfahren .....	105
cc)	Form .....	106
b)	Materielle Voraussetzungen .....	107
3.	Zeitlicher Umfang .....	109
4.	Anwendbarkeit für die Verweisung einer Person aus einer Wohnung .....	112
a)	Subsidiarität des Gefahrenabwehrrechts .....	112
b)	Ausschluss durch spezielle Regelung .....	113
c)	Beachtung der grundrechtlichen Schranken .....	114
5.	Ergebnis .....	119
II.	Befugnis zum Aufenthaltsverbot .....	119
1.	Begriff und Reichweite .....	119
2.	Voraussetzungen .....	121
a)	Schutzgüter .....	121
b)	Gefahr .....	122
c)	Pflichtigkeit .....	123
3.	Verhältnismäßigkeit .....	123
4.	Ergebnis .....	126
III.	Befugnis zur Ingewahrsamnahme .....	126
1.	Begriff .....	126
2.	Formelle Voraussetzungen .....	127
3.	Materielle Voraussetzungen .....	128
a)	Gewahrsamsarten .....	128
b)	Schutzgüter, Gefahr, Pflichtigkeit .....	130
4.	Verhältnismäßigkeit .....	131
5.	Ergebnis .....	135

IV.	Polizeiliche Generalklausel .....	136
	1. Begriff und Voraussetzungen .....	136
	2. Verfassungsmäßigkeit .....	137
	3. Anwendbarkeit für die Verweisung einer Person .....	138
	a) Beachtung der grundrechtlichen Schranken .....	138
	b) Sperrwirkung der Standardbefugnisse .....	139
	c) Erfordernis der Standardisierung einer Befugnis zur Wohnungs- verweisung .....	143
	d) Sonderfall: Heranziehung der Generalklausel durch die Ord- nungsbehörden .....	147
	4. Ergebnis .....	148
V.	Zwischenergebnis .....	149
VI.	Befugnis zur Wohnungsverweisung .....	150
	1. Verfassungsmäßigkeit .....	151
	a) Gesetzgebungskompetenz .....	151
	b) Zitiergebot .....	153
	2. Formelle Voraussetzungen .....	155
	a) Zuständigkeit .....	155
	b) Verfahren .....	156
	aa) Allgemeine Verfahrensvorschriften .....	156
	(1) Bekanntgabe an einen Bevollmächtigten .....	158
	(2) Bekanntgabe durch die Post und öffentliche Bekannt- gabe .....	158
	(3) Ersatzzustellung .....	159
	(4) Ergebnis .....	163
	bb) Besondere Verfahrensvorschriften .....	163
	(1) Informations- und Hinweispflicht der Behörde .....	164
	(2) Mitnahme dringend benötigter persönlicher Gegen- stände durch den Tatverdächtigen .....	165
	(3) Überprüfung der Einhaltung des Rückkehrverbots ....	167
	(4) Verlängerung der Dauer der Maßnahme bei zivil- gerichtlichem Antrag .....	168
	(5) Unterrichtungspflicht des Zivilgerichts gegenüber der Behörde .....	168
	(6) Unterrichtungspflicht der Behörde .....	171
	(7) Aufforderung des Tatverdächtigen zur Angabe einer Anschrift oder einer zustellungsbevollmächtigten Per- son .....	172
	(8) Behördliche Übermittlung von Daten der gefährdeten Person an eine Beratungsstelle .....	175
	c) Form .....	178
	3. Materielle Voraussetzungen .....	179
	a) Schutzgüter .....	179

aa) Leib und Leben einer Person .....	180
bb) Gesundheitsschädigung .....	181
cc) Freiheit .....	184
dd) Bedeutende Sach- und Vermögenswerte .....	186
(1) Begriff .....	186
(2) Subsidiarität des Gefahrenabwehrrechts .....	188
b) Gefahr .....	190
aa) Gefahrenbegriffe .....	190
(1) Konkrete Gefahr .....	190
(2) Gegenwärtige Gefahr .....	191
(3) Dringende Gefahr .....	193
(4) Erhebliche Gefahr .....	194
(5) Verweisung im Vorfeld einer Gefahr .....	195
bb) Gefahrenprognose .....	196
(1) Ziel des polizeilichen Einschreitens .....	196
(2) Erstellung der Gefahrenprognose .....	197
(a) Feststellung des Sachverhalts .....	198
(b) Prüfung der Gefahrenlage .....	203
(3) Sonderfall: Gefahrenprognose bei entgegenstehendem Willen der gefährdeten Person .....	206
(a) Prüfung der Eigenverantwortlichkeit der Ablehnung .....	206
(b) Überprüfung der untergesetzlichen Vorschriften .....	207
(c) Ergebnis .....	212
c) Pflichtigkeit .....	212
aa) Verweisung bei wechselseitiger Gewaltverübung .....	213
bb) Verweisung bei Krankheit, Behinderung oder Minderjährigkeit des Tatverdächtigen .....	215
4. Rechtsfolge .....	217
a) Verweisung, Rückkehr- und Betretungsverbot .....	218
b) Näherungs- und Kontaktverbot .....	220
aa) Gewalt in engen sozialen Beziehungen .....	221
bb) Verbot des Aufenthalts im Umkreis der Wohnung .....	222
cc) Kontaktverbot .....	224
dd) Verbot des Herbeiführens von Zusammentreffen .....	226
c) Räumlicher Wirkungsbereich .....	227
aa) Verweisung aus einer gemeinsamen Wohnung .....	227
bb) Verweisung aus einer fremden Wohnung .....	228
cc) Verweisung aus der eigenen Wohnung, in der die gefährdete Person nicht wohnt .....	231
dd) Verweisung von Aufenthaltsorten der gefährdeten Person außerhalb der Wohnung .....	232
d) Zeitlicher Umfang .....	233

aa) Bestimmung der Dauer der Wohnungsverweisung .....	234
bb) Nachträgliche Verlängerung der Maßnahmedauer .....	238
(1) Verlängerung durch die Behörde .....	238
(2) Verlängerung anlässlich eines zivilgerichtlichen An- trags .....	239
(3) Rechtliche Würdigung .....	242
e) Verhältnismäßigkeit im Übrigen .....	245
aa) Geeignetheit .....	246
bb) Erforderlichkeit .....	249
cc) Angemessenheit .....	250
5. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wohnungsverweisung ....	254
6. Aufhebung der Maßnahme .....	256
a) Gründe für die Aufhebung .....	257
b) Aufhebung durch die Behörde .....	259
c) Aufhebung durch das Verwaltungsgericht .....	261
7. Evaluierung der Neuregelungen .....	263
a) Schaffung von Handlungssicherheit .....	263
b) Kritikpunkte .....	265
VII. Ergebnis zu den Rechtsgrundlagen .....	269
<b>E. Auswertung der Rechtsprechung .....</b>	<b>271</b>
<b>F. Sonstige Schutzmöglichkeiten .....</b>	<b>276</b>
I. Zivilrechtliche Reaktionsmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt .....	276
II. Strafrechtliche Reaktionsmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt .....	281
III. Besondere Situation von gefährdeten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen .....	284
<b>G. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung .....</b>	<b>286</b>
<b>H. Entwurf einer Musterregelung .....</b>	<b>291</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>293</b>
<b>Anhang: Die Befugnisse zur Wohnungsverweisung der einzelnen Landes-     polizeigesetze .....</b>	<b>312</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>320</b>